

**Auszug
aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich**

vom 25. November 1998

1999. Schriftliche Anfrage von Hans Diem zur Investitionspolitik, Auswertung. Am 2. September 1998 reichte Gemeinderat Hans Diem (CVP) folgende Schriftliche Anfrage GR Nr. 98/279 ein:

Im Rahmen der HWV-Studie von 1997 wurden die verschiedenen volkswirtschaftlichen Effekte, welche durch die Investitionspolitik erzielt werden können, aufgezeigt. Aufgrund dieser Vorgabe ist es der Stadt Zürich möglich, über diesbezügliche Wirkung ihrer Investitionspolitik eine konjunkturpolitische Bilanz zu ziehen. Wir laden den Stadtrat ein, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch waren 1995 und 1997 die geplanten Investitionen, wie hoch die effektiv bezahlten und welche Zu- bzw. Rücknahmen sind gegenüber den entsprechenden Vorjahren zu verzeichnen?

2. Mit welchen rechnerischen Auswirkungen war 1996 und 1997 auf die Bereiche:

- Arbeitsmarkt
- Zu- bzw. Abnahme von Kaufkraftpotential innerhalb und ausserhalb der Stadt
- Direkte bzw. indirekte Steuerrückflüsse

zu rechnen?

3. Wie beurteilt der Stadtrat die Wirkungen auf den Lehrstellenmarkt?

4. Welche Mehr- bzw. Minderkosten waren aufgrund des effektiven Investitionsverhaltens im entsprechenden Sozialbudget der Stadt Zürich zu erwarten?

5. Welche Folgerungen/Konsequenzen zieht der Stadtrat für die künftige Investitions- und Submissionspolitik?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Vor der Antwort auf die einzelnen Fragen möchte der Stadtrat folgende Vorbemerkung anbringen: Die Anfrage könnte zum Missverständnis verleiten, dass die Stadt Zürich die Konjunktur wesentlich beeinflussen könne. Dem ist nicht so; grundsätzlich hat die Stadt Zürich nur sehr begrenzte Möglichkeiten, auf die Konjunktur einzuwirken. Umgekehrt werden die Steuereinnahmen und damit der potentielle Handlungsspielraum wesentlich durch die konjunkturellen Bedingungen geprägt.

Zu Frage 1: Informationen über die Investitionen der Stadt Zürich findet das interessierte Parlamentsmitglied in den Weisungen des Stadtrates an den Gemeinderat zu den jährlichen Rechnungen. Die Investitionen der Stadt Zürich über die Jahre 1994 bis 1998 sind in der folgenden Tabelle zusammengestellt.

Investitionen der Stadt Zürich (Verwaltung und Gemeindebetriebe)									
Beträge in Mio. Franken									
Quelle: Verwaltungsrechnungen									
	1994		1995		1996		1997		1998
	VA	RE	VA	RE	VA	RE	VA	RE	VA
Ausgaben	704,7	559,9	737,1	496,4	637,1	444,9	523,7	331,3	532,7
Zusatzkredite	8,8		5,5		6,5		12,0		
Abweichung in %		-21,5		-33,2		-30,9		-38,2	
Einnahmen	101,2	150,3	92,5	131,1	90,3	100,1	66,7	89,8	70,6
Abweichung in %		48,5		41,7		10,9		34,6	
Nettoinvestition	603,5	409,6	644,6	365,3	546,8	344,8	457,0	241,5	462,1

Die budgetierten Ausgaben waren in allen Jahren höher als die effektiv getätigten. Hingegen überstiegen die Einnahmen jeweils den Voranschlag. Für 1998 sind Ausgaben von 532,7 Mio. Franken und Einnahmen von 70,6 Mio. Franken budgetiert, was eine Nettoinvestition von 462,1 Mio. Franken ergeben würde. Insgesamt sind die Nettoinvestitionen seit 1994 zurückgegangen. Dies ist auf die angespannte Finanzlage der Stadt Zürich und auf die Anstrengungen des Stadtrates zurückzuführen, eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen.

Zu Frage 2: In der erwähnten HWV-Studie werden einzelne Fallstudien durchgeführt, um die Auswirkungen von Investitionen der öffentlichen Hand zu untersuchen. In der Studie selbst wird jedoch darauf verwiesen, dass die Untersuchung nicht repräsentativ und darum nicht zu verallgemeinern ist. Die Resultate können darum nur mit grosser Vorsicht auf die Stadt Zürich übertragen werden. Die genauen rechnerischen Wirkungen der Investitionspolitik der Stadt Zürich auf die Konjunktur könnten nur mit einem unverhältnismässig grossen Aufwand festgestellt werden. Die Ausführungen zu dieser Frage beschränken sich darum auf eine grobe Abschätzung.

Dies trifft auch für die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu: Sie können nur mit grossem Aufwand identifiziert werden, was mit beträchtlichen Kosten verbunden wäre. Die HWV-Studie stellt aber immerhin fest, dass in der Regel ein grosser Teil der Vorleistungen ausserhalb der Gemeinde beschafft wird. Je grösser die Gemeinde ist, um so mehr Vorleistungen dürften in der Gemeinde selbst beschafft werden. Volkswirtschaftlich ist die Stadt Zürich sehr stark mit den umliegenden Gemeinden verknüpft, die zum Teil auch in benachbarten Kantonen liegen. Aufträge der Stadt Zürich dürften sich darum insbesondere auch auf den Arbeitsmarkt in der Region Zürich auswirken. Da sich der Stadtrat bewusst ist, dass der Wirtschaftsraum Zürich schon längst die Grenzen der Stadt gesprengt hat, wirkt er auch aktiv darauf hin, dass eine Standort-Marketing-Organisation für die Greater Zurich Area geschaffen wird.

Eine Zu- oder Abnahme des Kaufkraftpotentials innerhalb und ausserhalb der Stadt könnte ebenfalls rechnerisch nur mit sehr grossem Aufwand ermittelt werden. Auch grundsätzlich lässt sich die Frage kaum beantworten, da aus ökonomischer Sicht nicht eindeutig gesagt werden kann, welche Auswirkungen aufgrund von Investitionen erwartet werden können.

Aufgrund der Studie lassen sich nur einige allgemeine Vermutungen anstellen, welche Steuerrückflüsse sich durch die Investitionen der Stadt Zürich ergeben. Die Studie zeigt auf, dass bei der Vergabe von Aufträgen an Private die direkten Rückflüsse aus der Gewinnbesteuerung der juristischen Personen unbedeutend sind (zwischen 0,1 bis 1,0 Prozent). Etwas grösser sind die Steuerrückflüsse, die von den in diesen Unternehmen Beschäftigten an die Gemeinde erfolgen. Sie belaufen sich auf 1,6 bis 2,6 Prozent des Produktionswertes. Total erreichen die Steuerrückflüsse lediglich zwischen 2,6 und 2,8 Prozent. Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass die direkten und indirekten Steuerrückflüsse an die Stadt Zürich aus der Vergabe von Aufträgen an Private relativ gering sind. Dazu kommt noch, dass die Hälfte der Arbeitsbevölkerung in der Stadt Zürich Pendlerinnen und Pendler sind, die in ihrer Wohnsitzgemeinde und nicht in der Stadt Zürich Steuern bezahlen. Dadurch werden die

Steuerrückflüsse nochmals vermindert. Wenn allerdings die Greater Zurich Area betrachtet wird, ist mit schwach positiven Effekten zu rechnen.

Zu Frage 3: Auch die Wirkungen auf den Lehrstellenmarkt könnten nur mit grossem Aufwand beziffert werden. Grundsätzlich kann jedoch festgehalten werden, dass das Gewerbe, was das Angebot zusätzlicher Lehrstellen betrifft, eine sehr gute Bilanz vorzuweisen hat. Die Ursachen dafür sind jedoch vielfältig und können nur zu einem sehr geringen Teil, wenn überhaupt, auf die Investitionen der Stadt Zürich zurückgeführt werden.

Zu Frage 4: Die Investitionen der Stadt Zürich haben kaum Effekte auf das Sozialbudget. Die Erfahrung des Arbeitsamtes zeigt nämlich, dass sich Beschäftigungseffekte vor allem bei den Arbeitslosen ergeben, die noch von der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden, da sie in der Regel besser vermittelt werden können. Im besten Fall könnten Investitionen eine präventive Wirkung haben, indem Personen eine Stelle fanden, die sonst später durch die Sozialhilfe hätten unterstützt werden müssen.

Zu Frage 5: Aus ökonomischer Sicht kann nicht eindeutig gesagt werden, wie eine Stadt ihre Investitionspolitik gestalten sollte. Verschiedene positive und negative Wirkungen müssten sorgfältig abgewogen werden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass kurzfristig auf die Wirtschaft Einfluss genommen werden kann, längerfristig die Wirkungen jedoch eher gering sind. Im ungünstigsten Fall können unerwünschte Verzerrungen des Marktes verursacht oder der Strukturwandel aufgehalten werden. Eine erhöhte Staatstätigkeit kann sich auch negativ auf den Konsum auswirken, da die Individuen eine höhere Steuerbelastung erwarten und darum ihre Ausgaben reduzieren. Schliesslich zeigt die Erfahrung, dass die Konjunkturankurbelung des Staates über Investitionen aufgrund verschiedener Verzögerungen meistens zu spät kommt und somit prozyklisch wirkt, was nicht erwünscht ist. Insgesamt lässt sich folgern, dass die Stadt – wie schon eingangs festgehalten – die konjunkturelle Entwicklung nur wenig beeinflussen kann. Um so mehr Aufmerksamkeit verdienen jedoch die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen für die längerfristige Entwicklung der Stadt Zürich.

Der Stadtrat hat seine Ziele für die nächsten vier Jahre in 12 Programmschwerpunkten festgelegt. Dazu zählen unter anderem der Budgetausgleich der Stadt Zürich, eine Verwaltungsreform, die Schaffung von 10 000 Wohnungen in 10 Jahren, die Förderung der Wirtschaft und effiziente Bewilligungsverfahren. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass insbesondere die Baubranche einem erheblichen Strukturwandel ausgesetzt ist. Er ist jedoch nicht in der Lage, diese Entwicklung aufzuhalten und allenfalls nicht konkurrenzfähige Betriebe zu erhalten. Bei gleichwertigen Preis- und Leistungsangeboten werden jedoch nach Möglichkeit lokale Anbieter berücksichtigt.

Vor dem Stadtrate
der Stadtschreiber-Stellvertreter
Jörg Eggenschwiler